

Erklärung von Marta Valiñas, Vorsitzende der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Bolivarischen Republik Venezuela, auf der 46. Sitzung des Menschenrechtsrats

10. März 2021

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Exzellenzen!
Sehr geehrte Delegierte,
meine Damen und Herren,

die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Bolivarischen Republik Venezuela freut sich, Ihnen gemäß der Resolution 45/20 des Menschenrechtsrats diesen mündlichen Zwischenbericht über ihre Arbeit vorzulegen.

Wie Sie sich erinnern, legte die Mission dem Rat im September 2020 ihren ersten Bericht vor, in dem sie Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen sowie Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, aufführte, die von venezolanischen staatlichen Akteuren seit 2014 begangen wurden.

Unsere Schlussfolgerungen waren eindeutig: Einige dieser Verstöße wurden in großem Stil begangen und stellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Die Untersuchungskommission ermittelt weiterhin zu den Fakten und Umstände der mutmaßlichen Misshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in Venezuela. Leider hat die Finanzkrise des UN-Sekretariats, wie auch bei anderen Untersuchungsorganen des Menschenrechtsrats, die Anstellung weiterer notwendiger Mitarbeiter verzögert.

Sobald unser Team vollständig ist, werden wir diese Verstöße weiter untersuchen, verifizieren und dokumentieren, um dem Menschenrechtsrat im September dieses Jahres sowie 2022 gesicherte Erkenntnisse vorlegen zu können.

Heute berichten wir über Informationen, die wir seit der Veröffentlichung unseres Berichts gesammelt haben, wobei wir betonen, dass es sich um eine laufende Arbeit handelt. Wir haben vor kurzem die Regierung Venezuelas kontaktiert, um den Dialog zu suchen und Nachforschungen vor Ort anstellen zu können, wie wir es im vergangenen Jahr immer wieder getan haben, bisher ohne Antwort. Wir werden uns weiterhin um Zusammenarbeit bemühen.

Frau Präsidentin!

am 6. Dezember fanden in Venezuela Parlamentswahlen statt. Diese wurden sowohl national als auch international als weder frei noch fair bewertet. Regierungsnahe Parteien gewannen über 90% der Sitze in der Nationalversammlung, bei hoher Wahlenthaltung und einem Boykott durch Oppositionsparteien.

Mit dieser Machtkonzentration scheint sich das politische Klima des Ausschlusses abweichender Stimmen fortzusetzen, gekennzeichnet durch die Unterdrückung der politischen Opposition, die wir in unserem ersten Bericht hervorgehoben haben.

Innerhalb der ersten Tage nach ihrer Machtübernahme bildete die neue Legislative eine "Sonderkommission zur Untersuchung von Handlungen, die von der Führung und den Mitgliedern der Nationalversammlung in der Zeit von 2016 bis 2021 gegen die Republik begangen wurden", mit dem Auftrag, gegen die ehemaligen Mitglieder der von der Opposition geführten Legislative zu ermitteln.

Am 25. Februar wurde der ehemalige Parlamentarier Gilberto Sojo von der FAES verhaftet, im Zusammenhang mit anhängigen Terrorismusvorwürfen im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an politischen Protesten im Jahr 2014. Er war zuvor wegen dieser Vorwürfe in Untersuchungshaft gehalten worden, wurde aber 2016 gegen Ersatzmaßnahmen freigelassen.

Des Weiteren wurde dem ehemaligen Mitglied der Nationalversammlung, Juan Requesens, im vergangenen September zwar Hausarrest gewährt, er befindet sich jedoch weiterhin in einem Strafverfahren, in dem ihm schwere Straftaten vorgeworfen werden, darunter ein versuchter Mord am Präsidenten. Wir sind besorgt darüber, dass der Prozess von Herrn Requesens ungerechtfertigterweise hinter verschlossenen Türen stattfindet, was gegen die Grundsätze der Transparenz und eines ordentlichen Verfahrens verstößt.

Frau Präsidentin,

Die Repressionen gegen Personen, die als "innere Feinde", das heißt als Gegner der Regierung wahrgenommen werden, gehen also weiter. In mehr als zwei Dritteln der 110 Fälle willkürlicher Verhaftungen gegen politische und militärische Dissidenten, die wir für unseren Bericht vom September 2020 untersucht haben, laufen Strafverfahren.

Für diejenigen, die immer noch inhaftiert sind, haben die Verzögerungen bei den Gerichtsverfahren schwerwiegende und in einigen Fällen irreparable Schäden verursacht. Salvador Franco, ein indigener Mann aus Pemón, der seit Dezember 2019 willkürlich in Untersuchungshaft gehalten wird, starb im Januar, nachdem er keine medizinische Behandlung angesichts seines ernsten Gesundheitszustandes erhalten hatte, selbst nachdem ein Gericht eine solche Behandlung angeordnet hatte.

Wir sind weiterhin ernsthaft besorgt über Personen, die in militärischen und zivilen Geheimdienststeinrichtungen inhaftiert sind. Hauptmann Luis de la Sotta und Oberst a.D.

Oswaldo Garcia Palomo beispielsweise befinden sich nach wie vor in einem fragilen Gesundheitszustand und unter schlimmen Haftbedingungen und sind Berichten zufolge weiterhin der Folter oder anderen grausamen Behandlungen ausgesetzt.

Wir werden weiterhin Vorwürfen von Folter und grausamer Behandlung und Bestrafung nachgehen, einschließlich neuer Vorwürfe, die wir über Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Inhaftierte erhalten haben.

Gleichzeitig bemühen wir uns weiterhin um Informationen über die Anstrengungen der Regierung zur Verhinderung und Behebung von Verstößen sowie zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen für Misshandlungen. Seit September wurden nach Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen etwa 70 politische Gefangene aus der Haft mit nicht freiheitsentziehenden Maßnahmen entlassen.

Im Oktober hob der Oberste Gerichtshof das Urteil gegen die beiden mutmaßlichen Täter im Fall des ehemaligen Marinekapitäns Rafael Acosta Arevalo auf, dessen Tod 2019 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf Folter durch Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes zurückzuführen war. Die neue Anklageschrift der Staatsanwaltschaft präsentierte die schwereren Verbrechen des Mordes und der Folter. Der Staat verfolgt jedoch nach wie vor nur niedrigrangige Beamte für diesen Tod.

Wir hoffen auf weitere Schritte in Richtung Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit. Der Staat erklärte in seiner öffentlichen Antwort auf unseren Bericht vom vergangenen September, dass er in über 600 Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Behörden ermittelt. Wir haben den Staat gebeten, uns mehr Informationen über diese Ermittlungen zur Verfügung zu stellen.

Frau Präsidentin!

Frauen und Männer in Venezuela protestieren weiterhin gegen die politische Situation sowie gegen den Zusammenbruch der Grundversorgung und die Treibstoffkrise, mit Forderungen in Bezug auf Arbeit, Gesundheit und Nahrung. Zivilgesellschaftliche Organisationen verzeichneten seit September über 100 Fälle von Festnahmen bei Protesten; wir werden diesen Fällen nachgehen.

Seit der Veröffentlichung unseres Berichts vom September 2020 hat die Untersuchungskommission 36 neue Fälle (8 Frauen und 28 Männer) von mutmaßlich willkürlichen Verhaftungen festgestellt. Einige davon scheinen politisch motiviert gewesen zu sein. Einige dieser Personen wurden nach dem Gesetz gegen Hass angeklagt und beschuldigt, Hassverbrechen begangen zu haben, weil sie die Regierung und mit ihr verbundene Personen kritisiert haben.

Neun dieser Verhaftungen betrafen Journalisten und unabhängige Presse, die ebenfalls schikaniert oder in ihrer Arbeit behindert wurden, deren Büros durchsucht und deren Ausrüstung beschlagnahmt wurde. Diejenigen zum Schweigen zu bringen, die über politische und soziale Realitäten berichten, verhindert die Transparenz, die notwendig ist, um Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen zu können.

Wir untersuchen den Fall von Roland Carreño, der im Oktober 2020 verhaftet wurde und dem Verschwörung, Finanzierung von Terrorismus, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und illegaler Handel mit Kriegswaffen vorgeworfen wird. Es gibt immer noch keinen Termin für seine vorläufige Anhörung, obwohl der gesetzlich festgelegte Zeitrahmen abgelaufen ist.

Wir weisen auch auf die Schwere der willkürlichen Inhaftierung des kolumbianisch/ecuadorianischen Medizinstudenten Dr. Leonard Hinojosa hin, der im Oktober 2020 in Zulia festgenommen wurde, als er aus Kolumbien zurückkehrte, um seine Weiterbildung zu beenden. Seitdem wird er bereits über vier Monate lang in der Einrichtung des militärischen Geheimdienstes in La Boleíta festgehalten, ohne die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu kennen.

Frau Präsidentin!

Das Konzept des Staates vom "inneren Feind" scheint immer weiter gefasst zu werden. Die Untersuchungskommission ist besorgt über das, was ein wachsender Trend zu sein scheint: die gezielte Verfolgung von Einzelpersonen und nichtstaatlicher Organisationen (NGOs), die sich für humanitäre Hilfe und Menschenrechte einsetzen.

Die Regierung hat die Anforderungen an die Registrierung, Finanzierung und Tätigkeit von NGOs verschärft. Die Behörden haben NGO-Mitarbeiter wegen Straftaten nach dem Gesetz über organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung festgenommen, die mit der Entgegennahme ausländischer Gelder und der Weitergabe von Prepaid-Geldkarten durch die NGOs zusammenhängen.

So wurde beispielsweise im November ein Haftbefehl gegen Roberto Patiño erlassen, den Koordinator der Organisation Alimenta la Solidaridad, die Mahlzeiten an Bedürftige verteilt.

Außerdem wurden im Januar sechs Männer der nichtstaatlichen Organisation Azul Positivo, die im Bereich der öffentlichen Gesundheit tätig ist, von Militär und staatlichem Geheimdienst willkürlich festgenommen. Obwohl die Untersuchungskommission ihre Freilassung am 10. Februar zur Kenntnis nimmt, sind wir weiterhin besorgt über ihre Behandlung in der Haft und die gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen.

Beamte haben die Schikanen gegen NGOs durch eine Rhetorik angeheizt, die die Zusammenarbeit mit internationalen Gremien und Organisationen oder den Erhalt jeglicher ausländischer Gelder kritisiert.

Wir weisen auch auf unsere Besorgnis darüber hin, dass seit Beginn der Covid-19-Pandemie mehr als 20 Personen, darunter Mitarbeiter des Gesundheitswesens, inhaftiert wurden, weil sie Informationen über die Pandemie weitergegeben oder die Reaktion der Regierung auf die Pandemie kritisiert haben. Wir werden untersuchen, ob es sich dabei um willkürliche Verhaftungen handelt.

Frau Präsidentin!

Im September letzten Jahres haben wir auf das gravierende Muster außergerichtlicher Hinrichtungen hingewiesen, die von den venezolanischen Sicherheitskräften im Rahmen von Sicherheitseinsätzen begangen wurden.

Wir haben über 200 Tötungen ermittelt, die von Polizeikräften seit Anfang des Jahres begangen wurden, und werden die Umstände im Umfeld dieser Fälle untersuchen. Wir werden neben der FAES auch die Mitwirkung anderer Polizeikräfte an diesen Tötungen untersuchen.

Zwischen dem 7. und 9. Januar führte die FAES im Caracas-Viertel La Vega einen der bisher vielleicht blutigsten Polizeieinsätze durch. Nach Angaben der Polizei waren 650 Beamte an dem Einsatz beteiligt. Unsere vorläufigen Ermittlungen deuten darauf hin, dass zumindest einige der Getöteten Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen waren.

Darüber hinaus haben wir Berichte erhalten, dass Beamte weiterhin Praktiken anwenden, die die Rechenschaftspflicht für ungesetzliche Tötungen behindern und Angehörige, die Gerechtigkeit für ihre Angehörigen suchen, selbst zu Opfern machen können. Dazu gehören die Nichtfreigabe von Totenscheinen, die Erhebung von Gebühren für Autopsien und die Übergabe von Leichen mit geschlossenem Sarg, mit der Anweisung, ihn nicht zu öffnen.

Frau Präsidentin!

Der Rat hat uns gebeten, unsere Arbeit mit dem Ziel fortzusetzen, die Straflosigkeit zu bekämpfen und die volle Verantwortlichkeit der Täter und Gerechtigkeit für die Opfer sicherzustellen.

In unserem ersten Bericht haben wir mutmaßliche Täter aus Kreisen der Geheimdienste, Sicherheitskräfte und des Militärs ermittelt. In Übereinstimmung mit unserem Mandat werden wir unsere Untersuchungen in diesen Strukturen vertiefen, Verantwortlichkeiten und Befehlsketten klären und dabei den Standard des hinreichenden Grundes für einen Verdacht anwenden. Wir werden auch auf Handlungen und Unterlassungen seitens der Regierung achten.

Die Untersuchungskommission wird auch die Taktiken untersuchen, die staatliche Täter anwenden, um sich zu verstecken oder der Rechenschaftspflicht zu entgehen, einschließlich

der Koordination mit nichtstaatlichen Akteuren, um Verstöße und Verbrechen zu begehen, wie z. B. mit Colectivos und anderen bewaffneten zivilen und Guerillagruppen.

Darüber hinaus werden wir unsere Untersuchungen über die Reaktionen der Staatsanwaltschaft und der Justiz auf Verstöße und Verbrechen fortsetzen. Dies schließt ein, ob die Justiz durch Handlungen oder Unterlassungen dazu beigetragen hat, die Straflosigkeit aufrechtzuerhalten.

Frau Präsidentin!

Wir hoffen, dass Venezuela seine Menschenrechtskrise überwinden wird. Die Feststellung der Fakten und das Eingeständnis, dass Unrecht begangen wurde, ist der erste entscheidende Schritt.

Vor ein paar Tagen hat Präsident Maduro vor diesem Rat gesprochen und eine Vision für Venezuela dargelegt, in der die Menschenrechte eine zentrale Rolle spielen. Während er dies tat, fuhren er und seine Regierung fort, den Ernst der Lage falsch darzustellen und jegliches Fehlverhalten zu negieren.

Die Menschenrechte sollten in der Tat im Mittelpunkt des venezolanischen Aufschwungs stehen, aber die Weigerung, sich mit der Realität auseinanderzusetzen und alle kritischen Erkenntnisse abzutun, trägt nicht dazu bei, die Grundrechte der Gefährdeten und Leidtragenden zu schützen. Die Opfer haben das Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit, ebenso wie das gesamte Volk Venezuelas.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir uns des empfindlichen Umfeldes bewusst sind, in dem wir uns bewegen. Daher werden wir weiterhin großen Wert auf die Methodik unserer Arbeit legen. Wir hoffen immer noch, dass die Behörden Venezuelas mit uns kooperieren werden.

Ungeachtet dessen werden wir weiterhin unabhängig, unparteiisch, objektiv und präzise arbeiten, wenn wir einen Korpus glaubwürdiger Informationen aufbauen, die wir dem Menschenrechtsrat im September dieses Jahres und im Jahr 2022 vorlegen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Übersetzt von der Amnesty International Kogruppe Venezuela